

Krise in Honduras – Brasilien in der Verantwortung

Die Rückkehr Zelayas verschärft Krise in Honduras. Dort steht mehr auf dem Spiel als die Zukunft einer Bananenrepublik: Es geht darum, ob Hugo Chávez ein weiteres Land unter seine Kontrolle bekommt. Dies gilt es zu verhindern.

TEXT: HILDEGARD STAUSBERG*

Brasilien hat eine lange Tradition seriöser Außenpolitik. Über parteipolitische Grenzen hinweg ist Kontinuität Richtschnur, Professionalität Methode. Nun steht Brasilia plötzlich im Zentrum der Krise in Honduras, denn der vor drei Monaten vom Militär auf ungesetzliche Weise außer Landes gebrachte Ex-Präsident Manuel Zelaya befindet sich in der brasilianischen Botschaft.

Wegducken ist nicht mehr möglich. Nicht nur intelligentes Krisenmanagement ist gefragt, sondern auch der Entwurf einer langfristigen Perspektive.

Ideologische Außenpolitik mit linksnationalistischem Drall

Gerade daran lies es Brasiliens Außenminister Celso Amorim in Falle von Honduras bisher fehlen. Das liegt an einer – für Brasilien eher untypischen – ideologischen Außenpolitik mit linksnationalistischem Drall. So sympathisiert es immer noch mit Venezuelas Hugo Chávez und will nicht anerkennen, dass dieser – und nicht Kolumbien – in der ganzen Region einen Steppenbrand zu entfachen sucht. Inzwischen ist Honduras in Bra-

silien Gegenstand heftiger innen- und parteipolitischer Kontroversen. Die Medien geben der Regierung überwiegend schlechte Noten.

Jetzt rächt sich, dass Brasilia, das im Selbstverständnis der Regierung von Präsident Lula längst eine Großmacht ist, die letzten Monate nicht zu einer Verhandlungslösung nutzte. Denn eines ist klar: Es gibt verfahrenere Situationen auf dieser Welt als diejenige in Honduras. Die Krise ist – noch – lösbar. Der Schlüssel dazu sind die für den 29. November anberaumten Präsidentschaftswahlen. Bisher ergriff Brasilia die Chance nicht, über Bedingungen an beide Seiten – Zelaya und seine Gegner – diesen möglichen Neubeginn mit zu verhandeln, sondern schloss sich der Phalanx jener an, die die Legitimität der Wahlen von vornherein in Frage stellen.

Dass zu jenen auch Europa gehört, beweist den Realitätsverlust des alten Kontinents. In Honduras steht mehr auf dem Spiel als die Zukunft einer Bananenrepublik: Es geht darum, ob Hugo Chávez ein weiteres Land unter seine Kontrolle bekommt. Dies gilt es zu verhindern. ■



Zelaya neben Lula in Tegucigalpa (07.08.07) beim ersten Besuch eines brasilianischen Staatspräsidenten in Honduras.

* Ursprünglich veröffentlicht in der Zeitung Welt (debate.welt.de, 23.09.2009).

Der Fall Honduras: Chronologie

José Manuel Zelaya Rosales wurde am 27. Januar 2006 als Nachfolger von Ricardo Maduro Staatspräsident von Honduras. Am 28. Juni 2009 stürzte ihn das honduranische Militär im Rahmen eines Verfassungskonflikts und brachte ihn nach Costa Rica. Am selben Tag berief das honduranische Parlament seinen Präsidenten Roberto Micheletti zum Nachfolger Zelayas – beide gehören der Liberalen Partei von Honduras (PLH) an. Zelaya selbst erklärte aus dem Exil, er sei weiterhin der rechtmäßige Staatschef. Auch die internationale Staatengemeinschaft erkennt ausschließlich Zelaya als rechtmäßigen Präsidenten an. Deutschland, die Europäische Union und die USA haben nach dem Staatsstreich Hilfen für Honduras eingefroren. Das Land wurde auch aus der Organisation Amerikanischer Staaten ausgeschlossen. Die Vertreter von Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien – den einzigen EU-Staaten mit Botschaften in Tegucigalpa – wurden abgezogen. Inzwischen kündigten diese EU-Mitgliedsländer an, ihre Botschafter wieder in das Land zurückzuschicken. Dies bedeute nicht, dass die EU die Übergangsregierung in dem Land anerkenne, erklärte die schwedische Ratspräsidentschaft am 26. September in Brüssel. Sie sollten aber dabei helfen, einen Weg aus der Krise in dem Land zu finden.

Dem Putsch vorausgegangen war ein Streit über eine geplante Volksbefragung darüber, ob zeitgleich mit der Präsidentschaftswahl am 29. November ein Referendum über die Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung durchgeführt werden solle. Gegner warfen Zelaya vor, er beabsichtige, sich eine Wiederwahl zu ermöglichen. Am 21. September 2009 kehrte Zelaya nach Honduras zurück und wurde in der brasilianischen Botschaft aufgenommen. Interimspräsident Roberto Micheletti forderte Brasilien auf, entweder Zelaya auszuliefern oder Asyl in Brasilien zu gewähren. Die brasilianische Botschaft verwandelte sich in "eine Ansammlung bewaffneter Personen, die den Frieden und die öffentliche Ordnung in Honduras gefährde".

Brasilia wurde angeblich von der Rückkehr Zelayas überrascht. Er sei in der Botschaft empfangen worden, da er für Brasilien der legitime Präsident von Honduras sei, sagte Regierungssprecher Marcelo Baumbach. Er fügte aber hinzu, dass Staatspräsident Luiz Inácio Lula da Silva die brasilianische Botschaft in Tegucigalpa keinesfalls zum Mittelpunkt politischer Verhandlungen avancieren lassen will. In einer auf Initiative Brasiliens einberufenen Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrates erhob Außenminister Celso Amorim am 25. September schwere Vorwürfe gegen die Putschregierung. Er bezeichnete die Einkesselung und Belagerung der Botschaft in Tegucigalpa als "Akt der Einschüchterung". Der UN-Sicherheitsrat forderte von der Übergangsregierung ein Ende des Drucks auf die Vertretung. Laut Marcelo Baumbach gibt es seitens der brasilianischen Regierung keinen Zeitplan, um eventuelle Verhandlungen abzuschließen oder wann Manuel Zelaya die diplomatische Vertretung in Tegucigalpa verlassen könnte.

(Tópicos mit Informationen aus Agenturen und Zeitungen)